

Zukunft und Vertrauen: Was der Zusammenhalt 2030 braucht



More in
Common

ÜBER MORE IN COMMON

More in Common hat sich als Organisation vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben. Unser Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach unserem Verständnis ist gesellschaftlicher Zusammenhalt weit mehr als ein friedliches und zugewandtes Miteinander. Er ist Vorbedingung für einen zentralen Aspekt lebendiger Demokratie: Streitfähigkeit über alle Unterschiede hinweg. Wir sind eine überparteiliche Organisation, die mit institutionellen Partnern aus ganz unterschiedlichen Bereichen kooperiert. Wir haben Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich, Polen, Spanien, Brasilien und Deutschland. Dabei lernen und arbeiten wir länderübergreifend.

DAS PUBLIKATIONSTEAM

Jérémie Gagné (Autor)
Laura-Kristine Krause (Autorin)
Anna Lob (Mitarbeit)
Anna Theil (Mitarbeit)

HINTERGRUND ZUM IMPULSPAPIER

Dieses Impulspapier basiert auf Arbeiten im Rahmen eines Auftrags des Bundeskanzleramts. Der Analyse- und Vorausschauprozess „Zusammenhalt 2030“ stand unter der Leitfrage: „Wie könnte sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland bis 2030 entwickeln?“ Der Prozess wurde von More in Common in Kooperation mit Foresight Intelligence im Zeitraum Oktober 2023 bis April 2024 durchgeführt. Er bestand aus einer umfassenden wissenschaftlichen Bestandsaufnahme, einer Serie von 20 Interviews mit wissenschaftlichen und Praxisexpertinnen bzw. -experten sowie einer workshopgestützten Vorausschau-Phase.

Es handelt sich im Impulspapier um eine eigenständige Auswertung von Quellen und Aufbereitung von Prozessergebnissen durch More in Common. Der Bericht beinhaltet ausschließlich Schlussfolgerungen der Autorin und des Autors. Die Textarbeiten an diesem Impulspapier waren vor dem Ende der bisherigen Regierungskoalition auf Bundesebene abgeschlossen.

IMPRESSUM

More in Common e. V. ist beim Amtsgericht Charlottenburg registriert (VR 36992 B)
www.moreincommon.de | deutschland@moreincommon.com
Anschrift: More in Common e. V., Hermannstraße 90, 12051 Berlin
Verantwortlich i. S. d. P.: Laura-Kristine Krause, Gründungsgeschäftsführerin

Design und Grafik: TAU GmbH, Berlin

Einführung: Zusammenhalt von morgen schon heute denken

Zukunft ist keine einfache, leicht zu überschauende Angelegenheit. Das gilt für den Alltag der Einzelnen, die durchs Leben gehen und Schritt für Schritt Entscheidungen treffen, und das gilt genauso für Gesellschaften im Großen, die sich darüber austauschen, wie sie ihr Morgen gestalten wollen. Der Blick nach vorne ist voraussetzungsvoll.

In einer lebendigen Demokratie wie der deutschen wird ständig debattiert und postuliert darüber, was aus unserem Land werden soll, welche Stärken es wahren und welche Probleme es überwinden soll. Und doch bleibt dabei das Heute ungemein wirkmächtig, mit seinen Gewohnheiten und Annahmen und Pfadabhängigkeiten. Wir können in aller Regel nicht sehen, was hinter dem Horizont liegt.

Besonders augenfällig wird dies in der Frage, wie die vielen Millionen Menschen in der Bundesrepublik eigentlich künftig zusammenleben wollen – oder auch: wie sie in Zukunft in ihrem Gemeinwesen zusammenkommen und Entscheidungen über den weiteren Weg treffen wollen. In Politik, Medien und Wissenschaft werden derzeit regelmäßig Veränderungen in unseren gesellschaftlichen Grundfesten problematisiert: u. a. ein niedriges Institutionenvertrauen, die empfundene Polarisierung der Gesellschaft, der Eindruck eines sich verschlechternden Diskursklimas, Einsamkeit sowie die Effekte (neuer) sozialer und kultureller Konfliktlinien. Viele in unserer Gesellschaft versuchen, mit diesen Herausforderungen bestmöglich zurechtzukommen. **Gleichzeitig bleiben Diskussionen darüber, wie auf dieser Grundlage das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland in Zukunft wohl aussehen kann, nicht selten im Heute „stecken“.**

Das ist menschlich. Nichtsdestotrotz ist für politisch-gesellschaftliche Akteure ein entschlossenes Vorausdenken (bei allen Unsicherheiten) unerlässlich, wenn ein gutes oder besseres Morgen vorbereitet werden soll. Das gilt besonders in Zeiten wie diesen, in denen großen Teilen der deutschen Gesellschaft (ähnlich wie in anderen westlichen Industrienationen) der Glaube an die Zukunft schmerzlich und sogar im Alltagsempfinden fehlt: **In unserer Forschung sehen wir von More in Common bereits seit einiger Zeit ein förmliches „Zukunftsdefizit“**, das u. a. in Form eines geringen Vertrauens der Bürgerschaft in politische Handlungsbereitschaft sowie in Form eines wahrgenommenen Mangels an Gemeinsinn in unserem Land daherkommt.¹

¹ Vgl. u. a. More in Common (2023): Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt. Siehe www.moreincommon.de zu Methoden und Befragungsdetails der Studien von More in Common.

Dieser mehrdimensionale Zweifel an der gesellschaftlichen Gestaltungsfähigkeit muss außerdem mit den zahlreichen Krisenlagen der letzten Jahre zusammengedacht werden: Pandemie, Krieg in Europa und Inflation haben den Ausblick der Menschen verdunkelt. Im Jahr 2024 sagten 74 Prozent unserer Befragten, ihnen falle es angesichts der vielen Krisen derzeit schwer, an eine bessere Zukunft zu glauben.² Zudem reagieren relevante Teile der Bevölkerung auf die zahlreichen Umstellungen und Ausnahmebedingungen seit 2020 mit einem Bedürfnis nach Normalität und „Rückkehr“ in sicherere Vor-Krisen-Zeiten,³ das den mentalen Umgang mit künftigen Herausforderungen erschwert - dem gleichzeitigen Bedarf an gesellschaftlicher Problemlösung dabei aber keinen Abbruch tut.

Mit diesen eingetrübten Aussichten wollen wir uns nicht zufriedengeben. In unserer Arbeit bei More in Common begleitet uns das Motiv „Zukunftsgestaltung“ seit Jahren – weil wir im Forschungsgespräch mit Menschen erleben, wie sehr sie nottut, um in unserer Gesellschaft Bindekraft zu sichern und Hoffnung zu schaffen. In diesem Sinne explorieren wir gezielt, was Menschen brauchen, was unserem Land auch morgen Halt und Zuversicht geben kann. Zuletzt haben wir uns im Rahmen eines Analyse- und Vorausschauprozesses im Auftrag des Bundeskanzleramts multidisziplinär mit der Frage beschäftigt, wie die Zukunft unseres Zusammenhalts im Jahr 2030 aussehen kann – auch, um dazu beizutragen, die Zukunftsgestaltung zu intensivieren.⁴

Von dem, was wir auf dem gedanklichen Weg in eine verbindende Zukunft mit starkem Zusammenhalt selbst neu gelernt haben, wollen wir in diesem Impulspapier sprechen, damit gesellschaftliche Akteure daraus Nutzen für ihre eigene Arbeit ziehen können. Außerdem wollen wir Lust auf das programmatische Formulieren einer verbindenden Zukunft machen.

Grundlegendes: Was zeichnet „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ aus?

Das Thema Zusammenhalt treibt derzeit viele Menschen in Deutschland auch ganz persönlich um. Im Jahr 2023 gaben 62 Prozent von ihnen an, sich regelmäßig Gedanken darüber zu machen.⁵ Dabei hat dieses Nachdenken häufig eine negative Färbung, im Sinne fehlenden Zusammenhalts: Zuletzt erlebten 67 Prozent unserer Befragten die deutsche Gesellschaft als „eher gespalten“.⁶ Klar ist also: **Die Stärkung von „Zusammenhalt“**

2 Im Zeitraum vom 20. September bis 7. Oktober 2024 hat More in Common 2.023 Personen aus der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland per soziodemografisch quotierter Online-Panel-Erhebung (Payback-Panel) in Zusammenarbeit mit dem Institut Verian zu ihrem Gesellschaftserleben befragt.

3 Zuletzt (September/Oktober 2024, s. Fußnote 2) stimmten 50 Prozent der folgenden Aussage zu: „Ich möchte eigentlich nur, dass die Dinge in Deutschland im Großen und Ganzen wieder so werden, wie sie vor den ganzen Krisen seit 2020 waren.“ Die verbleibenden 50 Prozent stimmten hingegen der folgenden Aussage zu: „Wir sollten die Chance, die die derzeitigen Krisen bieten, ergreifen, um wichtige Veränderungen in Deutschland vorzunehmen.“

4 Der Analyse- und Vorausschauprozess „Zusammenhalt 2030“ im Auftrag des Bundeskanzleramts stand unter der Leitfrage: „Wie könnte sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland bis 2030 entwickeln?“ Er wurde von More in Common in Kooperation mit Foresight Intelligence im Zeitraum Oktober 2023 bis April 2024 durchgeführt. Er bestand aus einer umfassenden wissenschaftlichen Bestandsaufnahme, einer Serie von 20 Interviews mit wissenschaftlichen und Praxisexpertinnen bzw. -experten sowie einer workshopgestützten Vorausschau-Phase.

5 Vgl. More in Common (2023): Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt.

6 Neueste quantitative Befragungsdaten aus dem September und Oktober 2024, s. Fußnote 2.

menhalt“ ist für viele dringend angesagt. Folgerichtig hat auch die Bundesregierung ihn als zentrales Handlungsfeld erkannt. Im 2021 geschlossenen Koalitionsvertrag wird der Begriff sechzehn Mal⁷ erwähnt. Seit 2018 wird das „Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ von der Bundesregierung gefördert, die zudem 2024 erstmalig einen Gleichwertigkeitsbericht hat erarbeiten lassen, der die Gleichwertigkeit der Bedingungen für ein gutes (Zusammen-)Leben in Deutschlands Regionen untersucht hat. Der Bericht stuft gesellschaftlichen Zusammenhalt (und Teilhabe) als eines von vier zentralen Elementen gleichwertiger Lebensverhältnisse ein und resümiert: *„Die Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist von enormer Relevanz und Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.“*⁸

Auch wir als More in Common haben uns der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verschrieben. Zu diesem Zweck betreiben wir seit Jahren praxisorientierte Forschung, um Dynamiken und Möglichkeiten unserer Gesellschaft besser zu verstehen, und haben diese Anstrengungen zuletzt mit zusätzlichen umfassenden Recherchen, wissenschaftlichen Literaturschauen und Expertise-Interviews fortgeführt.

Doch fangen wir bei der grundlegendsten Frage an: Was ist eigentlich gemeint, wenn von „Zusammenhalt“ die Rede ist? **Die Wissenschaft liefert, so zeigt es unsere entsprechende Bestandsaufnahme,⁹ in ihrer umfangreichen Konzeptualisierungsarbeit bislang noch keine abschließende Definition, was gesellschaftlichen Zusammenhalt ausmacht.** Denn zum einen sind wissenschaftliche Debatten darüber, welche „Komponenten“ (z. B. geteilte Werte) zum konstitutiven Kern von Zusammenhalt gehören, nicht abgeschlossen. Zum anderen läuft eine (womöglich noch grundlegendere) Debatte darüber, ob er überhaupt etwas objektiv Messbares ist oder der Begriff dafür normativ viel zu voraussetzungsvoll ist, weil er entlang unterschiedlicher Werte jeweils etwas anderes bedeuten kann.

Immerhin: Letzten Endes, so meinten es auch Expertinnen und Experten im direkten Gespräch¹⁰ mit uns, geht es im „praktischen“ Deutungskern von Zusammenhalt, angewandt auf ganze Gesellschaften, vor allem um die Grundlagen gemeinsamen Handelns in einer pluralen Gesellschaft. Mit diesem Zielanspruch lässt sich arbeiten: **Zusammenhalt als kollektive gesellschaftliche Handlungsfähigkeit.** In diesem Sinne sollten wir den (auch von der Wissenschaft anerkannten) Wert des Zusammenhaltbegriffs als vermeintlich „weiche“ Projektions- und Gestaltungskategorie also nicht unterschätzen, sondern vielmehr als Stärke erkennen. Unsere gemeinsame Handlungsfähigkeit will eben gestaltet, mit Leben unterfüttert werden. In diesem Sinne läuft die Suche nach Zusammenhalt auf einen Auftrag zur kollektiven Zukunftsarbeit hinaus: Der Zusammenhalt von morgen ist immer auch das, was die Beteiligten daraus gemacht haben werden.

Eine Kernfrage lautet also: **Was können wir tun, damit wir morgen und übermorgen in einer Gesellschaft leben, die sich vertraut, etwas zutraut und den Herausforderungen ihrer Zeit gewachsen ist?**

7 Vgl. Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP).

8 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Hg.) (2024): Gleichwertigkeitsbericht 2024. Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland.

9 Wir führten im November und Dezember 2023 im Rahmen des Analyse- und Vorausschauprozesses „Zusammenhalt 2030“ eine umfassende Bestandsaufnahme wissenschaftlicher Literatur zu Zusammenhalt und relevanten gesellschaftlichen Parametern durch. Die auf den folgenden Seiten präsentierten Befunde stellen deren verdichtete Erkenntnisse dar.

10 Für weitere Informationen zu diesen Expertise-Gesprächen s. Abschnitt „Trends für die kommenden Jahre: Herausforderungen, die es zu gestalten gilt“.

Status quo: Eine robuste Gesellschaft – mit wunden Punkten

Ausgangspunkt für Zukunftsüberlegungen sollte zunächst immer ein Verständnis davon sein, was im Hier und Jetzt gesellschaftliche Realität ist. Wo uns die Wissenschaft zunächst keine eindeutige Definition von Zusammenhalt bereitstellte (s. oben), bot sie uns im Rahmen unserer Literaturschau **relevante Befunde, was diverse Dimensionen des derzeitigen Zusammenlebens in unserer Gesellschaft betrifft**. Diese ließen sich in Hinblick auf das Verhältnis der Menschen zueinander („horizontal“) sowie das Verhältnis der Menschen zum Gemeinwesen („vertikal“) systematisieren. Auf beiden Achsen (und in dem großen „hybriden“ Bereich dazwischen, der beide Achsen gleichzeitig betrifft) gibt es reichlich Beachtenswertes.

Die gute Nachricht zuerst: Manche medial verbreiteten Abgesänge auf den inneren Halt der deutschen Gesellschaft scheinen verfrüht. Auf Basis der gesammelten wissenschaftlichen Einschätzungen aus unserer Literaturschau entzieht sich der derzeitige Zustand der deutschen Gesellschaft und ihrer Bindekräfte einem allzu pauschalen Urteil. Stattdessen haben wir es mit einer **nuancierten Mischung aus Stärken und Stabilitätsmotiven der deutschen Gesellschaft einerseits sowie herausfordernden Dynamiken und „Beobachtungsfällen“ andererseits** zu tun.

Im Positiven können wir laut unserer Auswertung des derzeitigen akademischen Forschungsstandes die folgenden Punkte als **Stärken unserer Gesellschaft verstehen**:

- Auf der **horizontalen Ebene (zwischen den Menschen)** in erster Linie die überwiegend robuste Einbindung der Menschen im sozialen Nahbereich und das im Zeitverlauf eher stabile abstrakte Vertrauen in die Mitmenschen; außerdem das (trotz Umstrukturierung weg von Großorganisationen) robuste Engagement und Ehrenamt. Zudem findet eine tiefgreifende Polarisierung der deutschen Gesellschaft entlang ideologischer oder affektiver Trennlinien bislang nicht statt.
- Auf der **vertikalen Ebene (zwischen Menschen und Gemeinwesen)** befinden sich nominelle Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen nicht (!) in einer akuten Niedergangsbewegung. Die meisten Menschen bekennen sich zum Ideal der Demokratie sowie zur staatsbürgerlichen Verantwortung der Einzelnen. Es ist bislang nicht zu einem allgemeinen Anstieg von Verschwörungsdenken in der Gesellschaft gekommen.
- Im **hybriden Bereich beider Ebenen** ist das Vertrauen in die Medien im jüngeren Zeitverlauf robust und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk bleibt für Mehrheiten eine wichtige Informationsquelle. Innerhalb der Gesellschaft existieren verbindende Wertvorstellungen vom guten Leben sowie diverse Stolz- und Haltepunkte für die eigene gesellschaftliche Verortung. Die meisten Menschen fühlen sich ihrer Heimat verbunden, und die von ihnen formulierten Zugehörigkeitskriterien (u. a. erwerbbar Kriterien wie deutsche Sprachbeherrschung und Erwerbstätigkeit) ermöglichen zumindest normativ das Zusammenleben in einer pluralen, auch von Einwanderung geprägten Gesellschaft.

Allerdings **offenbart die deutsche Gesellschaft im Detail auch „wunde Punkte“**. Interessanterweise steht dabei häufig (aber nicht ausschließlich) das subjektive *Empfinden* innergesellschaftlicher Dynamik im Fokus, also die Frage, wie Menschen das gesellschaftliche und demokratische Miteinander *wahrnehmen und reflektieren*. Dies aber – das sei deutlich gesagt – teils in Verbindung mit realen Aggressionen und Anfeindungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen sowie auf der Grundlage einer weitreichenden Unzufriedenheit mit der sozioökonomischen Realität unseres Landes.

- Auf der **horizontalen Ebene** schlagen zu Buche: das verbreitete Gefühl der Menschen, in einer vereinzelter Gesellschaft zu leben; das häufige Einsamkeitserleben insbesondere jüngerer Menschen; ein starkes Spaltungsempfinden in gesellschaftlichen Diskursen – und zwar abseits tatsächlicher (Nicht-)Polarisierung – sowie erhebliche, mindestens „latente“ menschenfeindliche Einstellungen und die relative Abwertung von Minderheiten.
- Auf der **vertikalen Ebene** fehlt eine (trotz ihrer zeitlichen Stabilität) mehrheitliche Zufriedenheit mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie und ein mehrheitliches Vertrauen in Institutionen. Es herrscht teils große Unzufriedenheit mit der Handlungsfähigkeit, Responsivität und Repräsentationsleistung des politischen Systems. Politische Beteiligung fällt in besser abgesicherten Lebenswelten höher aus als in sozioökonomisch schlechter gestellten, in Verbindung mit einem breiten Bedürfnis nach mehr politischer Mitsprache und Gehörtwerden. Unterschiede im Demokratieverständnis der Menschen ermöglichen es zudem anti-pluralistischen Kräften, sich als Verteidiger der „wahren“ Demokratie zu positionieren. Ein starker Anstieg der politisch motivierten Gewalt und der Hasskriminalität ist zu verzeichnen sowie die milieuverbindende Rolle von Verschwörungsinhalten und Verschwörungsdenken insbesondere in Krisensituationen.
- In **hybrider Hinsicht** sollte uns der weit verbreitete Verdacht gegen Medien beschäftigen, Informationen „agendagerieben“ zu präsentieren. Und außerdem eine breit geteilte Kritik an als zu scharf empfundenen Debatten, die vermehrt von Gefühlen der Meinungsunfreiheit begleitet wird. Mit Sorgen belegt ist die Frage, inwiefern einzelne und organisierte Akteure mittels der sozialen Medien Debatten verschärfen und Desinformation erleichtern. Zudem ist ein deutlicher Anstieg der sozialen Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen, der in Krisenzeiten mit großem Ungerechtigkeitsempfinden einhergeht. Weiter herrscht verbreitete Kritik am Zustand der öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Zudem ist ein Rückgang bei kollektiv verbindenden Gesellschaftsnormen wie der Solidarität zugunsten von Motiven der Eigenverantwortung zu beobachten. Es herrscht außerdem ein stark negativ geprägter Ausblick in die gesellschaftliche Zukunft. Dabei ist auch der grundlegende Glaube an die Möglichkeit von Zusammenhalt bei vielen Menschen angegriffen.

Insgesamt sollten wir uns angesichts dieses gemischten Gesamtbildes darauf einstellen, mit „Unschärfen“ in der deutschen Gesellschaft umzugehen. So kann sich etwa eine Größe wie die Demokratiezufriedenheit bislang im Zeitverlauf als robust erweisen; und doch können zugleich innerhalb der Bevölkerung Motive der tiefen Unzufriedenheit und Skepsis vorhanden sein, die neue, positive Impulse erfordern. Weiterhin geht nicht jede Diskurszuspitzung mit „real“ polarisierten Einstellungen in der Bevölkerung einher; und doch können sich dahinter strukturelle Problembefunde aufzeigen, wie sie in Deutschland etwa in Fragen sozioökonomischer Realität und Gerechtigkeit zu finden sind. **Insbesondere gilt es, das Verhältnis von vermeintlich „harten“ Gesellschaftsindikatoren und vermeintlich „weichem“ oder subjektivem Gesellschaftsempfinden als potenziell dynamisch im Auge zu behalten.**

Hinzu kommt, dass sich innergesellschaftliche Befunde nicht gleichmäßig über die Bevölkerung verteilen. Stattdessen können sie sich zu unterschiedlichen Perspektiven innerhalb der Gesellschaft „clustern“. Dann – so zeigt es etwa unsere More in Common-Forschung zum „unsichtbaren Drittel“ – ist der Blick der einen konsequent von Misstrauen und Desorientierung geprägt, wo bei anderen Bevölkerungsteilen Zuversicht und gute Einbindung noch für ausreichend Stabilitätsgefühl sorgen.¹²

Trends für die kommenden Jahre: Herausforderungen, die es zu gestalten gilt

In ihrem ambivalenten, von einer komplexen Mischung aus Stärken und Schwächen geprägten Zustand steuert unsere Gesellschaft durch eine ganze Reihe an Trends und Herausforderungen. Das spüren nicht nur die Befragten unserer eigenen More in Common-Forschung, sondern das bestätigen auch Expertinnen und Experten, mit denen wir über die Aussichten des Landes sprachen und die wichtige Befunde mit uns teilten.¹³

Derzeit wirken die unterschiedlichsten (teils neuen, teils wohlbekannteren) Faktoren auf unsere Gesellschaft ein, sodass der Status quo, von dem oben die Rede war, in den kommenden Jahren großen (und teils globalen) Kräften unterliegen wird. Es sei aber gesagt, dass diese Trends mit ihren Effekten auf unser Land keine unabänderlichen Schicksale, sondern als Gestaltungsfelder zu verstehen und zu bearbeiten sind – womit wir wieder bei der Zukunftsgestaltung wären. Zu ihnen gehören laut Expertinnen- und Expertenmeinung insbesondere:

- die **Auswirkungen des Klimawandels** und die **Ausgestaltung der ökologischen Transformation**
- die **demografische Entwicklung**, insbesondere der sich verstärkende Arbeitskräftemangel bei gleichzeitiger Überalterung
- der Umgang mit demografisch notwendiger und global unausweichlicher **Migration**
- **exzessive Ungleichheiten** in ihren diversen strukturellen Facetten: arm vs. reich, Stadt vs. Land, migrantisch vs. nicht-migrantisch
- das anhaltende **Zeitalter der (übernationalen) Multi- und Dauerkrisen** und der Rückkehr der Geopolitik mit ihren psychologischen und politischen Folgen
- das **angegriffene Verhältnis zwischen Bürgerschaft und politischem System**, von (mindestens empfundenen) Problemen bei der Repräsentation, Willensbildung und Problemlösung bis zu schärferen Freund-Feind-Dynamiken
- die **gewachsene gesellschaftliche Vereinzelung und Desintegration** (u. a. durch Tribalisierung) bei gleichzeitigem Bevölkerungsbedarf nach Verbundenheit
- der **Umgang mit einer diverser werdenden Gesellschaft**, insbesondere mit Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- die **strukturelle Veränderung von Medienlandschaft und -öffentlichkeit** bei gleichzeitig problematischen Entwicklungen in den sozialen Medien
- die **gesellschaftlichen Veränderungspotenziale von Technologie** und Digitalisierung

12 Vgl. More in Common (2019): Die andere deutsche Teilung. Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sowie Folgeforschung.

13 Im Rahmen des Analyse- und Vorausschauprozesses „Zusammenhalt 2030“ im Auftrag des Bundeskanzleramts hat More in Common mit zahlreichen wissenschaftlichen und Praxisexpertinnen bzw. -experten gesprochen. Insgesamt fanden im Januar und Februar 2024 20 leitfadengestützte Expertise-Interviews statt.

- die **strukturellen Veränderungen von Engagement und Ehrenamt** mit einer Tendenz nicht zu weniger, aber zu temporärem und informellem Engagement
- der **Aufstieg des Rechtspopulismus**, seine demokratischen Auswirkungen und gesellschaftlichen (Gegen-)Reaktionen
- die **wirtschaftliche Entwicklung**, auch des deutschen Wohlstands- und Aufstiegsmodells, vor dem Hintergrund von Krisen und Zukunftsängsten
- die **Ost-West-Dynamik** mit weiterhin unterschiedlichen Lebensverhältnissen, Wanderungssaldi und Herausforderungen bei der Unternehmensansiedlung
- der **Zustand und die Fortentwicklung (öffentlicher) Infrastruktur**, insbesondere im Hinblick auf zugängliche Orte der Ausbildung, der Arbeit und der Versorgung
- die **Entwicklung des dritten Sektors** an zivilgesellschaftlichen Trägern zwischen staatlichen und kommerziellen Akteuren
- die **Entwicklung von Familienbildern und Gleichstellung**, insbesondere vor dem Hintergrund der Frauenerwerbsquote

Diese Trendfaktoren zeigen deutlich, dass die Entwicklung gesellschaftlicher Zukunft sich auf sehr unterschiedlichen Ebenen gleichzeitig abspielt – und sich ergo auch gestalterisch auf diesen Ebenen abspielen sollte. Einerseits im Bereich „harter“ Struktur- und Infrastrukturentwicklungen, andererseits aber auch im (nur vermeintlich) „weicheren“ Bereich von Diskurs-, Begegnungs-, Beziehungs-, Engagement- und Identitätsfragen. Beide sind keine Gegensätze, sondern gehören im Sinne einer runden Zusammenhaltsarbeit zusammen. **Politik hat immer eine „harte“ Policy- und eine „weiche“ Formulierungs-, Kommunikations- und Identifikationsaufgabe.**

Vorausschau: Zukunft denken und Zukunftsbilder entwerfen

Zukunftsarbeit in einer Demokratie muss überzeugen, wenn sie das Verbindende stärken soll. Sie sollte also nicht nur „technisch“ in zu lösenden „Problemen“ denken, sondern gestalterische Klarheit über ihre Zielrichtungen gewinnen – damit sie die dann auch zur Debatte stellen und vermitteln kann. **Die Menschen in unserer Demokratie brauchen Orientierung, wenn sie gut zusammenleben und sich auf das Gemeinwesen einlassen wollen.** (Und im Moment fehlt sie ihnen in der Regel, etwa wenn Befragte in Fokusgruppen von einem als erratisch wahrgenommenen Politikbetrieb berichten.) Für die Politik und auch die Zivilgesellschaft lautet also die Frage, ob es ihr gelingt, Dinge von einem vorgestellten „Ende“ her zu denken. Unsere Challenge: Kann das politische (und auch das zivilgesellschaftliche) Deutschland heutzutage noch formulieren, was es eigentlich im Ergebnis will?

Um nicht ungeprüft das Unmögliche zu fordern, haben wir uns dieser Aufgabe gemeinsam mit Expertinnen und Experten selbst gestellt und so (auf Grundlage der oben beschriebenen Herausforderungen) explorativ mögliche Zielaussagen für unser Land (und in verschiedenen Bereichen) erarbeitet. Dabei ging es nicht darum, die eine richtige und gute Zukunft zu ermitteln, sondern darum, sich qualifiziert mit möglichen, wünschenswerten und dabei noch realistischen Zukünften zu befassen. Was dabei herauskam, ist nicht unverrückbar. Das ist auch gar nicht der Punkt. Vielmehr geht es darum, die politisch-gesellschaftliche Fernorientierung zu verbessern. Können beispielsweise die 17 folgenden **Annahmen** eine Bundesrepublik beschreiben, die im Jahr 2030 auf einem wünschenswerten Pfad unterwegs ist?

17 (mögliche) Annahmen über eine wünschenswerte Zukunft

Infrastrukturen

- 1** Öffentliche Infrastrukturen (insb. Straßen, Brücken, Krankenhäuser, Schulen, ÖPNV, Kitas, Pflege etc.) wurden ausgebaut (auch durch massive Investitionen). Insbesondere Schulen, Kitas, Sportstätten und andere Lebenswelten der Jugend wurden erneuert. Zudem wird der Stadtraum attraktiver gestaltet durch Parks, Trinkbrunnen, Toiletten etc. Infrastruktur vor allem auch im suburbanen und ländlichen Raum wurde ausgebaut, die Konnektivität verbessert (Schiene und Digitalinfrastruktur). Die Menschen sehen: Es geht voran.
- 2** Die Wohnungsproblematik wurde angegangen, noch nicht gelöst, aber die Richtung stimmt - auch, weil der Staat eine größere Rolle spielt.

Funktionierende Sozialsysteme

- 3** Die Belastungen der Sozialsysteme durch die Alterung der Gesellschaft (z. B. Pflegenotstand) wurden rechtzeitig erkannt und angegangen, u. a. durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen, durch technische Lösungen etc., aber auch durch ein modernisiertes Solidarprinzip (bei der Finanzierung und bei der Betreuung und Pflege).
- 4** Die Struktur in der Wohlfahrtspflege ist ein gesunder Mix aus staatlichen und privaten, gemeinwohlorientierten Trägern.

Sozialräume

- 5** Es gibt Sozialräume (Kirchen, Heimatverein, Sport, Kegelklub, Feuerwehr, THW etc.), die vielfältige persönliche Begegnungen ermöglichen. Diese Räume werden auch genutzt, die Komfortzone und die eigene Blase werden öfter verlassen, man begegnet anderen, setzt sich anderen häufiger aus. Auch Unternehmen werden als Orte des Zusammenhalts vor Ort wahrgenommen und genutzt. Die sozialräumliche Segregation hat sich nicht weiter erhöht oder ist zurückgegangen. Getrennte Lebenswelten geraten wieder stärker miteinander in Berührung. In schrumpfenden Gemeinden und Städten wurde darin investiert, die Menschen zu befähigen, die (freiwerdenden) Sozialräume kreativ neu zu gestalten und zu experimentieren.
- 6** Es gibt Anreize, sich ehrenamtlich zu engagieren. Hierzu zählen steuerliche oder finanzielle und auch andere Vorteile (etwa Beratungsangebote für Vereine, kostenlose Fahrkarten für ÖPNV etc.).

Parteien

- 7** Parteien geben Demokratie ein Gesicht, indem sie den politischen Prozess beobachtbarer machen und Diskussionen um Sachfragen mit Aufmerksamkeit führen sowie Politik erklären. Demokratische Parteien haben eine gemeinsame Haltung und Strategie für den Umgang mit autoritären Kräften entwickelt. Lokalpolitik wird aufgewertet und spielt für Parteien eine wichtigere Rolle. Das geht mit einer Demokratisierung der Parteien einher.

Föderalismusreform

- 8** Eine Reform des Föderalismus hat dazu beigetragen, im Bildungssystem für mehr Chancengleichheit und soziale Mobilität zu sorgen.

Beteiligung

- 9** Die Möglichkeiten der Beteiligung vor Ort sind niedrigschwellig und kleinräumig, man kann sich beteiligen, auch wenn man sich mit Bundespolitik, Europa- oder Weltpolitik nicht auskennt. Es geht (auch) um konkrete Sachfragen, die Menschen in ihrem Alltag berühren. Formate wie Bürgerräte etwa bieten Partizipations- und Lernräume für die Demokratie. Es gibt auf verschiedenen Ebenen mehr direktdemokratische Elemente.

Gerechtigkeit, Gleichwertigkeit, Verteilung

- 10** Es gibt eine konstruktive Debatte über die Frage, was ein gerechtes Steuersystem ist, das sozialpolitische Aspekte, private und staatliche Investitionen gleichermaßen berücksichtigt. Das beinhaltet, dass hohe Vermögen und Einkommen stärker besteuert werden. Die Gesellschaft ist egalitärer geworden.
- 11** Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht erreicht, aber in gutem Zustand. Vor allem sind die Unterschiede zwischen Ost und West nicht größer geworden, die Wahrnehmung der Unterschiede ist geschrumpft. Es haben sich mehr Unternehmen im Osten angesiedelt und es sind Arbeitsplätze entstanden.
- 12** Gerechte Transformation: Die Belastungen der sozial-ökologischen Transformation wurden gerecht verteilt, und zwar so, dass die leistungsfähigeren Schultern mehr tragen als diejenigen, die eben weniger finanziell leistungsfähig sind.
- 13** Das Auseinandertreiben bei Einkommen und Vermögen ist gestoppt, vielleicht sogar verringert. Es gibt ein aufgeklärtes Eigeninteresse, dass Ungleichheit auch den Bessergestellten schadet. Es gibt geteiltes Empfinden über angemessene Verteilungsgerechtigkeit. Wohlfahrtsstaatliche Strukturen wurden ausgebaut und es gibt eine für die erfolgreiche Transformation ausreichende Umverteilung. Zudem hat auch ein Anteil der armutsbetroffenen Menschen aufgrund des (Fach-) Kräftemangels eine Anstellung, weil sich Unternehmen etwas haben einfallen lassen, um ihren Personalbedarf zu decken.

Wirtschaftspolitik

- 14** Wirtschaftspolitik setzt auf Innovationen von unten und ist kohärent und stetig. Förderprogramme werden nicht kurzfristig eingestellt oder Anforderungen ruckartig verändert. Es gibt neue Finanzierungsinstrumente für Zukunftsinvestitionen (etwa Infrastrukturfonds, Energiegenossenschaften etc.).

Regulierung von Diskursräumen

- 15** Es gibt eine gute Regulierung von digitalen Diskursräumen, die Hassrede, Desinformationen und Extremismus (rechtsextreme, misogynie, antifeministische, islamistische, antisemitische Hetze u. v. a.) verringert und den Diskurs etwas moderiert, ohne zu zensieren.

Erfolgschancen für die Jugend

- 16** Es gelingt besser, sich um Kinder und Jugendliche zu kümmern und ihnen Last und Stress zu nehmen, Erfolgschancen sind weniger abhängig von Herkunft und Ressourcen der Eltern.

Differenzierte und konstruktive Zuwanderungsdebatte

- 17** Der Politik ist es gelungen, die Debatten zu Zuwanderung zum Erhalt der Erwerbsquote und zum Umgang mit Flüchtlingen zu differenzieren. Irreguläre Migration wird reduziert bzw. weitestgehend gestoppt, Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis werden tatsächlich zurückgeführt, aber gleichzeitig funktioniert auch die Fachkräfteeinwanderung.

Mit dieser (genauso unfertigen wie nicht allgemeingültigen) Übersicht wollen wir in erster Linie politische Gestalterinnen und Gestalter dazu einladen, sich nicht nur auf die Formulierung von „Spiegelstrichen“ und Einzelmaßnahmen im Sinne sukzessiver Problembewältigung zu verlassen. Sie sollten vielmehr in der Lage sein, Menschen glaubhafte Aussagen über eine wünschenswerte Zukunft anzubieten. In höflichem Widerspruch zu Helmut Schmidts Diktum braucht es doch wieder etwas mehr „Vision“, bei allen Fallstricken dieses Begriffs.

Dazu wird gehören, die eigenen Zielaussagen im nächsten Schritt programmatisch in glaubhaft unterlegte Zukunftsbilder zu überführen, die eine möglichst konkrete Vorstellung vom Morgen vermitteln. Im Sinne der „Beziehungspflege“ zu Bürgerinnen und Bürgern sollte die Politik anschaulich belegen können, was sie mit diesem Land vorhat, und dass sie, anders viele Befragte zuletzt in unserer qualitativen More in Common-Forschung meinten, bereit ist, in „Vorleistung“ zu gehen und das Leistungsversprechen des Gemeinwesens (u. a. bei leistungsfähigen öffentlichen Infrastrukturen, effektiver Daseinsvorsorge und der frühzeitigen Bearbeitung kommender Herausforderungen) einzulösen.¹⁴

Um zu dieser programmatischen Zukunftskompetenz beizutragen, **haben wir gemeinsam mit Expertinnen und Experten mögliche Zukunftsbilder entwickelt und die Hinweise dorthin durchgespielt.** Hier teilen wir als Anschauungsbeispiel die Überlegungen für den Bereich Infrastruktur:

WIR SIND IM JAHR 2030. DIE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND FÜHLEN UND SEHEN, DASS ES ALS GESELLSCHAFT VORANGEHT.

Das gilt auch und gerade für die deutsche Infrastruktur: Technische und soziale Infrastrukturen wurden durch Investitionen in die Instandhaltung von Straßen und Brücken, Kitas und Schulen, Krankenhäusern sowie des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ausgebaut. Insbesondere die Infrastrukturen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen wurden erneuert. Zudem wurde der Stadtraum attraktiver gestaltet (Parkanlagen, Trinkbrunnen, Toiletten etc.). Infrastrukturen im suburbanen und ländlichen Raum wurden ausgebaut und die Konnektivität verbessert. Der Staat ist digital für die Menschen erreichbar und erfüllt dadurch seine Funktionen schnell und serviceorientiert. Neben Bauten wurde vor allem auch in Fachkräfte (zum Beispiel Erzieherinnen, Erzieher und Lehrkräfte, aber auch Arbeitskräfte für die Instandhaltung von Anlagen) investiert.

Bei Investitionen wurde dem Aspekt der Nachhaltigkeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt und dies wurde auch aktiv nach außen getragen und der Öffentlichkeit ausdrücklich kommuniziert. Auch die erneuerbaren Energien selbst wurden ausgebaut. Zudem konnten die Menschen zumindest schon punktuell bei wichtigen Investitionsentscheidungen mitbestimmen. Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie das System von Leistungsverträgen und Steuerungen für gemeinnützig orientierte Träger wurden deutlich vereinfacht und beschleunigt, um mehr und schnellere Investitionen zu ermöglichen.

14 Vgl. More in Common (2024): Einmal gestalten bitte: Prinzipien für eine verbindende Energiewende.

Die Menschen sehen, dass wichtige Infrastrukturen gut entwickelt wurden und werden. Nicht nur in der Stadt oder in direkter Nähe zu Leuchtturmprojekten, sondern in der Fläche. Alle haben (bezahlbaren) Zugang und einen direkten Nutzen, sodass öffentliche Güter eine neue Wertschätzung in der Bevölkerung erfahren. Selbst im Ausland wird das gesehen und Deutschland infrastrukturell als attraktives Einwanderungsland wahrgenommen; Fachkräfte möchten aufgrund der guten Infrastruktur nach Deutschland – und aufgrund der Arbeitsnachfrage, die sich durch Investition in Infrastruktur ergibt. Infrastrukturen vermitteln effektiv die Präsenz und den Daseinsvorsorgeauftrag des Gemeinwesens. Der verbesserte Zustand der Infrastrukturen trägt zu einem Gefühl der Gemeinsamkeit und des Fortschritts bei („Das gehört uns allen“; „Zusammen schaffen wir das zum Wohle aller“; „Es geht voran“).

Es braucht das Entwerfen und Definieren eines solchen oder ähnlichen Zukunftsbildes, um den gemeinsamen „Nordstern“ zu identifizieren, an dem politische und gesellschaftliche Gestalterinnen und Gestalter im nächsten Schritt ihre Einzelmaßnahmen zielorientiert und stimmig ausarbeiten können. **Vor allem geht es dann darum, über die vielen „Spiegelstriche“ nicht wieder zu vergessen, dass einzelne Teilschritte für Bürgerinnen und Bürger vor allem dann Sinn ergeben, wenn sie als programmatischer Baustein einer klaren Gesamtmission verstanden werden können.** Die Fähigkeit, einen politischen Entwurf zu erklären und anhand seines eigentlichen Ziels zu rechtfertigen, ist eine erforderliche Grundkonstante erfolgreicher Zusammenhalts-Politik.

Ausblick und Fazit: Zusammenhalt als kollektive Gestaltungs- und Gesprächsaufgabe

Dieses Impulspapier ist ausdrücklich keine Festlegung. **In der Frage, was Zusammenhalt in Deutschland in Zukunft ausmachen könnte, gibt es nicht den einen Hebel, sondern wie eingangs gezeigt eine Reihe an Faktoren, die auf diese gesellschaftliche Zielgröße einzahlen.** Aber es gibt in den Köpfen vieler Menschen ein empfundenes „Zukunftsdefizit“ und auch einen Vertrauensmangel in Sachen Problemlösung, es gibt wirkmächtige Trends mit Auswirkungen auf unser Land; und es gibt ergo die Herausforderung für Politik und andere gesellschaftliche Verantwortungsträger, in Sachen Zukunftsausblick etwas zu wagen und Zuversicht zu schaffen. Es geht um starke, programmatisch runde Zukunftsbilder.

Dabei startet die Bundesrepublik aus keiner schlechten Position, denn unsere Gesellschaft ist robust: Es lassen sich viele Stabilitäts- und Qualitätsmotive erkennen – und zwar teils anderslautenden medialen Diagnosen zum Trotz. Überdies zeigt etwa der erste Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung, dass an vielen kohäsionsrelevanten Stellen innerhalb unseres Landes durchaus „Konvergenz“ stattfindet, konkret die positive Annäherung regionaler Lebensbedingungen aneinander.

Und dennoch verdient es eine Reihe an Problembeurteilungen, von politischen Gestaltern erkannt, benannt, verstanden, bearbeitet und in etwas Besseres überführt zu werden. Verbreitete Gefühle des Nicht-Gesehen- oder Nicht-Gehört-Werdens, des Fremdelns mit mindestens gefühlt (!) zu scharfen Debatten, Diagnosen tiefer infrastruktureller Mängel, exzessiver Ungleichheiten, wahrgenommene Ungerechtigkeiten und gruppenbezogene Abwertungen, ungeklärte Zugehörigkeiten sowie andere Sorgenpunkte sind wirkmächtige Faktoren. Zudem steht das Land vor großen strukturellen Herausforderungen, um mit dem Fachkräftemangel, der Klimapolitik und der Modernisierung der Verwaltung (als sichtbarstem Teil der Demokratie) nur drei von vielen zu nennen.

Beim gesellschaftlichen Zusammenhalt geht es also nicht nur um heute – es geht um Zukunftsarbeit, um das glaubhafte und programmatisch fundierte Aussicht-Geben auf ein gutes, vielleicht sogar besseres gesellschaftliches Morgen. Was Expertinnen und Experten hierzu in der Sache vorschlagen, haben wir auf den vorausgegangenen Seiten dargelegt. An dieser Stelle **ist es uns aber wichtig, zu sagen, dass auch unsere Forschungsgespräche mit der „breiteren“ Bevölkerung viele wichtige Hinweise dazu liefern, wie wir in Deutschland gestalterisch über Zukunft sprechen können.**

Erstens: Der Verweis auf Begriffe wie „Transformation“ allein begeistert die wenigsten. **Für viele ist Wandel an sich kein normativer Selbstzweck**, viele Menschen wünschen sich in erster Linie die Gewährleistung „zeitloser“ Qualitäten eines guten Landes, und ergo muss Politik plastisch sagen, was man für das Land will.

Und zweitens lassen sich hierfür aus dem, was Menschen mit uns teilen, (unter anderem und hier nicht in „hierarchischer“ Reihenfolge) die folgenden Motive ableiten, die sich in vielerlei Hinsicht mit den großen Themen aus Expertinnen- und Expertensicht¹⁵ vertragen: der Anspruch intakter Infrastrukturen, aufgewerteter öffentlicher Räume, absichernder Daseinsvorsorge und funktionierender Verwaltungen, die Menschen dienen und ihnen somit auch die Mitwirkung an kollektiven Großaufgaben wie dem Klimaschutz erleichtern; ein Staat, der unsere körperliche Sicherheit in Freiheit gewährleistet; eine gestärkte wirtschaftlich-technologische Exzellenz in einem leistungsstarken Land, auf das man stolz sein kann; eine gemäßigte sozioökonomische Verteilung ohne exzessive Ungleichheiten und eine soziale Sicherung, die auch in der alternden Gesellschaft Rückhalt bietet; moderne Angebote und Chancen für Eltern und ihren Nachwuchs, auch im Sinne der Bildungsgerechtigkeit; die materielle und immaterielle Wertschätzung sowie Beitragsgerechtigkeit für viele Millionen „Alltagsheldinnen und -helden“, die mit ihrem Einsatz in Erwerb und Freizeit unsere Gesellschaft am Laufen halten; der politische Anspruch, Einwanderung aktiv zu gestalten; die beziehungsstärkende Beschäftigung mit der Art und Weise, wie wir ohne exzessive Spaltungsgefühle debattieren, uns informieren und dabei ein Ohr für Nuancen bewahren; eine Agenda des Respekts dazu, wie wir einander im Alltag begegnen, statt einander auszugrenzen oder beiseite zu drängen; wie wir vor Ort auch Momente der Gemeinschaft statt nur Vereinzelung praktizieren, und wie wir über alle Unterschiede der pluralen Gesellschaft hinweg entlang geteilter Regeln und Sicherheiten friedlich und gewaltfrei zusammenleben; wie wir uns engagieren, einander fördern und Vertrauen sichern wollen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

15 Siehe z. B. die 17 Annahmen aus dem Abschnitt „Vorausschau: Zukunft denken und Zukunftsbilder entwerfen“.

Derlei unterschiedliche Aspekte sollten in politischer Programmatik und Kommunikation ganzheitlich zusammengedacht werden. Eine reine „Spiegelstrich“-Politik, die sich über inkrementelles Arbeiten an Einzelaspekten definiert, ohne ihre größeren Entwürfe und Ambitionen zu verdeutlichen, wird eher nicht reichen. Hierin aber sollte Politik auch von zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und medialen Akteuren unterstützt werden, die am besten allesamt ihre Zielbilder einbringen: **In der pluralen Gesellschaft soll es viele Zukunftsangebote geben. Und alle Akteure haben ihre Rolle.**

Ein Gespräch über Zusammenhalt sollte zudem immer ein offenes sein, in dem sich Zielbilder auch dynamisch entwickeln können. Das schulden wir der Zukunft unserer Demokratie. Offen vor allem für den (gewiss sehr ergiebigen) Perspektivenreichtum in einer hochdiversen Gesellschaft. **Nicht zuletzt die Perspektiven derjenigen, von denen man sonst weniger hört (wie etwa des „unsichtbaren Drittels“ aus der More in Common-Forschung) sollten abgebildet und glaubhaft aufgegriffen werden.** Es ist zwar längst nicht so, dass alle Menschen unbedingt selbst, etwa bei deliberativen Beteiligungsformaten, öffentlich das Wort ergreifen wollen;¹⁶ aber ein begründetes Gefühl der gesellschaftlichen „Mitsprache“, indem die Perspektiven von Leuten „wie man selbst“ effektiv vertreten werden, ist wichtig. Es geht also um eine gute Mischung aus neuen Mitrede-Möglichkeiten für jene, die wollen, und einer repräsentativen Demokratie, die Gesichter aus unserer ganzen Gesellschaft zusammenbringt, klarmacht, dass sie die Herausforderungen der Menschen sieht, und die sich zutraut, die „dicken Bretter“ unserer Zukunftsgestaltung mutig anzugehen.

In dieser demokratischen Zukunftsarbeit sollte es zuletzt nicht nur um „Fakten“ und Interessen gehen: **Emotion und Identifikation spielen (zu Recht!) ebenso eine enorme Rolle, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht.** Diese Ebenen sind für Menschen wirkmächtig und für sie sollte es Raum geben. Wie fühlen wir uns in der Gesellschaft? Was gibt uns Halt und Vertrauen? Was kann uns künftig ein gutes „Gesellschaftsgefühl“ sichern? Die Vielzahl an Stimmen, Normen und Belangen, die in dieses Gespräch zwangsläufig einfließen, erschwert zwar zusätzlich die eindeutige Antizipation der „guten Zukunft“ und macht die Dinge unberechenbarer. Doch der Wille und die Fähigkeit, auch in unübersichtlichen Zeiten Antworten zu finden, ist ein Gütekriterium funktionierender pluralistischer Demokratie.

16 Vgl. More in Common (2023): Mehr Erreichen: Impulse für eine breitere Bürgerbeteiligung vor Ort.



**More in
Common**